



Das Reichsbanner

15. März 1967 / Nr. 3

Organ des Reichsbanners Schwarz - Rot - Gold

BUND AKTIVER DEMOKRATEN

Deutschnationale

Eine zeitgemäße Betrachtung

ms. Wie mit dem alten Sprichwort „Jacke wie Hose“ ist es, wenn wir „Nationaldemokraten“ und „Rechtskonservative“ betrachten. Als ob uns der ehemalige NPD-Mann Winters etwa dadurch sympathischer geworden wäre, weil er aus seiner Partei ausgetreten ist. Denn schließlich hat dieser Rechtskonservative doch gezeigt, was Geistes Kind er ist, als er mit seinen früheren Gesinnungsgenossen an den Gräbern von Kriegsverbrechern Blumen niederlegte.

Aber sehen wir uns auch andere Zeitgenossen mit offensichtlich deutschnationaler Gesinnung an, die noch in großer Zahl wirksam sind. Was soll man denn da sagen, wenn ein Hochgestellter den „tollen Mullah“, so wurde einmal der ehem. General von Lettow-Vorbeck in Afrika genannt, als einen Bestandteil wieder hervorzuholender deutscher Tradition sehen möchte? Jenen General immerhin, der am Kapp-Putsch beteiligt und ein unbehelligter „Hochverräter“ und deutschnationaler Reichstagsabgeordneter blieb, der schließlich nach seinem Ableben sogar eine militärische Ehrung durch die Bundeswehr erfuhr. Und wie ist es schließlich um jene demokratischen Journalisten und Globetrotter bestellt, die den Rassismus in Süd- und Südwestafrika billigen? Nicht besser sieht es in manchen militärischen Traditionsverbänden und Volkstumsorganisationen aus, wo gewisse Personen, bei denen man einmal prüfen sollte, was sie in der NS-Zeit getan haben, sich noch immer ungestört in überheblicher Teutomanie austoben können. Und da sind auch noch farbtragende studentische Vereinigungen zu nennen, die heute möglicherweise mit Recht als so „aufgeschlossen“ gelten, daß man auch als Mitglied oder Anhänger einer entschieden demokratischen Partei ihnen angehören kann, die dann aber auch dafür sorgen müßten, wenn sie demokratisch glaubwürdig sein wollen, daß sie jegliche Beziehung zu gleichartigen Verbindungen in Österreich, die sich nach wie vor alldeutsch und antisemitisch gebärden, abbrechen. Aber wenn biedere deutsche Bürger „die keine Nazis waren und sind“ auch heute noch die Fememörder der Schwarzen Reichswehr als „ehrenwerte Männer“, Schlageter als einen „Helden“ und die Mörder Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts (mit beiden letzteren wir politisch durchaus nicht übereinstimmen) als „Patrioten“ bezeichnen, dann ist das Maß voll. Vergessen wir doch nicht, daß Hakenkreuz und Stahlhelm Deutschlands Untergang waren.

Selbst wenn wir die Rechtskonservativen nicht in die Reihe der Neofaschisten einreihen sollen und können, so haben wir keinen Anlaß auch nur einen von ihnen zu schonen. Denn wir wollen auch keine deutschnationale Bundesrepublik!!

Was für seltsame Verirrungen es heute schon wieder gibt, wollen wir als letztes Beispiel einer Reihe, die sich noch beliebig fortsetzen ließe, hier erwähnen: In Roth bei Nürnberg haben sich Stadtratsmitglieder zweier Parteien, in denen wir untadelige und zuverlässige Demokraten wissen, mit einem NPD-Stadtrat zu einer Fraktion zusammengeschlossen. Höher kann man es doch nimmer treiben.

Der Duisburger Polizeipräsident sowie der Vorsitzende der Gewerkschaft der Polizeibeamten (GdP) haben in letzter Zeit mit Recht darauf hingewiesen, daß dem Unwesen rechtsge-

richteter nationalistischer Kreise mehr Beachtung als bisher geschenkt werden muß. Eine entschiedene Abwehr links- und rechtsextremistischer Bestrebungen wird jederzeit bei allen Reichsbannerkameraden vollste Unterstützung finden. Aber es entspricht auch unserer Grundeinstellung und unseren Erfahrungen, daß wir den Schwarzweißrotten, den Ständestaatlern, die bis 1933 ebenso blindwütige Gegner der Weimarer Republik und des Reichsbanners waren wie die Nationalsozialisten, aber dann als „betrogene Betrüger“ bei den Nazis zu kurz kamen, keine Chance einer Weiterentwicklung in der Bundesrepublik geben dürfen. Wir werden unsere scharfen Angriffe gegen diese Kreise fortsetzen, Munition ist genug vorhanden. Aber wir stellen hierbei auch ausdrücklich fest, daß unsere Achtung jenen Männern und Frauen aus diesen Kreisen nach wie vor gehört, die nach 1933 in ehrenhafter Überzeugung und Haltung ihr Leben im Kampf gegen die Nazityrannei hingaben oder durch sie im Zuchthaus oder KZ hierfür leiden mußten.

Recht so, Herr Polizeipräsident

ppp/ 9. 2. 1967 / Als „Staatsschutz mit Schlagseite“ bezeichnet der Duisburger Polizeipräsident Hans Jürgensen die ungleichmäßige Art und Weise, in der die derzeitigen Gesetzesbestimmungen gegenüber der politischen Linken und der Rechten bislang angewendet worden seien. In einer vom DGB-Organ „Welt der Arbeit“ veröffentlichten Zuschrift spricht Jürgensen von einer „geradezu sträflichen Vernachlässigung“ in der Anwendung dieser Bestimmungen nach rechts hin.

Nach seinen Erfahrungen würden, so betonte der Polizeipräsident, die Gefahren von rechts seit Jahren „zum Teil bewußt“ untertrieben. Es gebe politische Kräfte, die zwar selbst nicht extremistisch seien, jedoch auf die äußerste Rechte spekulierten, um das politische Pendel im „konservativen“ Sinne nach Rechts ausschlagen zu lassen. Nach Jürgensen Meinung gäbe es heute weder die NPD als parlamentarisches Faktum noch die „Nationalzeitung“ in ihrer derzeitigen Form und Auflage, wenn man den rechtsradikalen Kräften rechtzeitig und energisch mit Hilfe der vorhandenen Staatsschutzbestimmungen entgegengetreten wäre. So aber habe es eine „versteckte Duldung“ auf der einen Seite gegeben, während gleichzeitig Erscheinungen auf der äußersten Linken häufig erheblich überbewertet und „auf geradezu hysterische Weise“ verfolgt worden seien.

Volljurist Jürgensen, der seit seiner Jugend der SPD angehört und seit 1954 Polizeipräsident in Duisburg ist, setzt sich im übrigen für ein liberales Staatsschutzrecht „in vernünftigen und realen Grenzen“ und gegen jede exzessive Anwendung der Bestimmungen ein: „Was politisch ausgestanden werden kann, sollte politisch ausgestanden werden.“

Das Reichsbanner - aus der falschen Perspektive betrachtet

Eine notwendige Korrektur

von Walter Jansen

„Es gibt viele Arten ‚Mittel‘. Welches man zu nehmen hat, hängt davon ab, welchen Zweck man damit verfolgt.“

(Lancelot Hogben)

Der Verfasser des unlängst im Droste-Verlag, Düsseldorf, erschienenen Buches „Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“, Karl Rohe, hat sich, angeblich nur für den ersten Teil seines 494 Seiten umfassenden Werkes, für das „geometrische Mittel“ entschieden, für eine Methode, die leicht zu einer Verzerrung des Objekts führt, daß man im Auge hat. Er schreibt auf Seite 259 seiner ursprünglich als Dissertation angelegten Arbeit: „Was als die Haltung des Reichsbanners charakterisiert wurde, ist das Ergebnis einer stark abstrahierenden Analyse, ist **eine Art geometrisches Mittel** (von mir hervorgehoben. W. J.) aus einer Vielzahl von Artikeln und Äußerungen verschiedener Persönlichkeiten, deren Ansichten nicht in allen Einzelheiten und Nuancen übereinstimmen. Es spiegelt zudem nur das Ideogut einer relativ kleinen Führungsgruppe wider, die allerdings, in ihrer Eigenschaft als Funktionäre, Redakteure und Publizisten, das offizielle, politisch-ideologische Profil des Verbands bestimmt hat.“

Das Reichsbanner der Weimarer Republik wurde, wie alle den Nazismus ablehnenden Organisationen, 1933 von den Nazis aufgelöst. Rohe ist wohl zu jung, um diese Zeit aus eigenem Erleben zu kennen. Er stützte sich daher bei seiner Bearbeitung des komplexen Themas auf umfangreiches archivalisches Material, darunter den Nachlaß von Karl Höltermann, sowie das Ergebnis seiner Befragung einiger anderer, früher leitender Persönlichkeiten des Reichsbanners, die mit wenigen Ausnahmen im norddeutschen Raum tätig waren. Außerdem benutzte er die umfangreiche Literatur der Gegner des Reichsbanners, von der der Kommunisten über die des Jungdeutschen Ordens bis zu der des Stahlhelm. Bekundungen vormals ost- und mitteldeutscher Reichsbannerführer kann er — aus begreiflichen Gründen — kaum anführen. Daß er es jedoch offenbar unterließ, auch Auskünfte von süd- und südwestdeutschen Reichsbannerfunktionären einzuholen, muß als Mangel betrachtet werden. Allein dadurch haftet der Arbeit schon eine gewisse Einseitigkeit an, und Rohes Bemühungen, objektiv zu sein, erscheinen mitunter zumindest etwas krampfhaft. So z. B. wenn er auf Seite 35 bei der Behandlung der Vorgeschichte des Reichsbanners schreibt: „Auch die sozialdemokratischen Verbände . . . haben politischen Terror ausgeübt (in den 20er Jahren! W. J.) und sich Übergriffe zuschulden kommen lassen. Die beliebte Methode, durch Drohungen und Aufrufe die Polizei zum Verbot gegnerischer Veranstaltungen zu veranlassen, die man als Terrormaßnahmen anprangert, wenn man selbst betroffen ist, wird in gleicher Weise von sozialdemokratischer Seite praktiziert und dann als verdienstvolle Tat hingestellt.“ In den Fußnoten hierzu heißt es: „So etwa in dem Bericht über die Münchner sozialdemokratische SA, wo entsprechende Praktiken der nationalsozialistischen SA scharf angeprangert werden. . . . **Andererseits sind natürlich (!! W. J.) auch Hitlers Klagen in ‚Mein Kampf‘ über den von der Linken ausgehenden Terror nicht ganz unberechtigt (!! W. J.) . . .**“ Was Rohe damit „beweist“, daß „die Hamburger ‚Vereinigung Republik‘ . . . sich nicht wenig darauf zugute hält, daß sie für Hamburg vorgesehene völkische Kundgebungen verhindert habe . . .“ Man greift sich an den Kopf. **So etwas wurde 1964 geschrieben!** Nachdem die Nazis durch ihre millionenfachen Untaten und Verbrechen in der Tat bewiesen haben, wie berechtigt die Versuche demokratischer Organisationen waren, ihre damals noch geringe Macht zu brechen. Zu einer solchen „objektiven“ Darstellung kann es kommen, wenn man, wie Rohe das tut, „abstrahiert“, lediglich die Oberfläche der damaligen politischen Landschaft nach einigen Bodenmerkmalen absucht und es unterläßt, den Untergrund der politischen Gemengelage zu erforschen. Wäre er so verfahren, hätte er z. B. auch die in den zwanziger Jahren von Angehörigen der Rechtsverbände verübten zahlreichen Fememorde nicht unerwähnt lassen können. Wie leichtfertig Rohe oft verfährt, ergibt sich aus seiner Stellungnahme zur Anschuldigung des rechtsradikalen Kapitäns Ehrhardt, daß das Reichsbanner „durch internationales Geld“ zum stärksten Verband geworden sei. Zwar bezeichnet er das als „haltlose und billige Propagandatricks“, meint aber (S. 75, Fußnote 4) „Vorgekommen ist es dagegen — das gilt wohl für alle Verbände — (Rohe schließt also das Reichsbanner mit ein! W. J.), daß Nichtmitglieder, Werkstudenten, z. B. gelegentlich gegen Entgelt als ‚Marschierer‘ bei Massendemonstrationen an-

geworben wurden.“ Beweisen kann er es freilich nicht, und es dürfte ihm auch schwerfallen, dies zu versuchen. Denn jeder, der den Zustrom zum Reichsbanner und die Massenbeteiligung an allen seinen Veranstaltungen in den zwanziger Jahren miterlebt hat, kann über derartige Unterstellung nur mitleidig lächeln.

Auch auf die Unterstützung des Reichsbanners durch jüdische Organisationen kommt Rohe zu sprechen (S. 76). Durchaus sachlich nimmt er dazu Stellung. Wenn er jedoch bemerkt: „Sicher ist in jedem Fall, daß es (das Reichsbanner. W. J.) später von dorthin Propagandamaterial und Propagandabroschüren gegen die Nationalsozialisten erhielt, so muß ihm widersprochen werden. Er hat nämlich „vergessen“ hinzuzusetzen, daß die Grundlagen für dieses Material vom Reichsbanner beschafft wurden. Im Gebiet des Gaues Leipzig z. B. bestand eine unmittelbare Zusammenarbeit mit dem im Dauereinsatz befindlichen Erkundungstrupps der Abteilung „Ruf“ (Deckname für den Reichsbanner-Nachrichtendienst) und dem Jüdischen Frontkämpferbund. Das Reichsbanner hat sich dieser Zusammenarbeit nicht zu schämen; im Gegenteil, es ist stolz darauf, seinerseits die in ihrer Mehrheit damals unpolitischen jüdischen Mitglieder auf die von den Nazis drohenden Gefahren hingewiesen zu haben.

Gänsefüßchen-Verdienste werden dem Reichsbanner von Rohe dafür zuerkannt, weil es „die Lethargie und Resignation in republikanischen Kreisen überwand und damit die Republik politisch-psychologisch festigen half.“ Wozu dann die Gänsefüßchen? — mag sich der Leser verwundern. Dies und zugleich wes Geistes Kind er ist, verrät Rohe am Ende der Seite, wenn er schreibt: „das Reichsbanner übernahm die Sicherung der staatlichen Ordnung gegenüber jenen (rechtsradikalen! W. J.) Verbänden, deren kämpferischer Einsatz die Geburt eben dieses Staates ermöglicht hatte (!! W. J.), und es bediente sich dabei jener Methoden (!!! W. J.) und Organisationsformen, die von den erwähnten oppositionellen Bündnissen zuerst entwickelt worden waren.“

Jeder Kamerad werbe in den Monaten März und April mindestens ein neues Mitglied!

Jeder Kamerad trage unser Bundesabzeichen!
(Aufnahmescheine sind über die Ortsvereine oder die Bundeszentrale erhältlich)

Nun, unseres Wissens war es in erster Linie die in der SPD und den Gewerkschaften organisierte Arbeitnehmerschaft, die die Geburt der Republik von Weimar ermöglichte. Der „kämpferische Einsatz“ der Rechtsverbände diente schon damals ganz anderen, und zwar eindeutig reaktionären Zielen. Auch gegen die verallgemeinernde Unterstellung, daß sich das Reichsbanner der Methoden dieser Rechtsradikalen bedient haben, müssen wir uns ganz energisch verwahren: **Fememorde und ähnliche Verbrechen, die zur Methodik der Rechtsextremisten schon in den zwanziger Jahren gehörten, hat es zu keiner Zeit beim Reichsbanner gegeben!! Will Rohe hier einen neuen Mythos der „Staatstreue“ der rechtsradikalen Wehrverbände begründen und gleichzeitig dem Reichsbanner eins auswischen?** Im Zusammenhang mit anderen „abstrahierenden Objektivismen“ muß man leider zu dieser Annahme kommen.

Zwar konzediert Rohe dem Reichsbanner, daß es gegenüber den Bündnissen der Rechten nur ein „Bund“ (mit Gänsefüßchen. W. J.) gewesen sei, aber gerade darin liege seine „Problematik“: „die Bünde der Rechten stießen sozusagen in einen Leerraum, das Reichsbanner hingegen zog zu einem Großteil Menschen an, die schon in einer anderen, umfassenden Bindung standen.“ (S. 98). So kann nur ein Außenstehender urteilen. Wer „dabei“ war, weiß es anders: Das Reichsbanner empfand sich niemals als bündisch (oder auch nur quasi-bündisch), wie es bei den Rechtsverbänden mit ihrem Ordens- und Sendungsbewußtsein der Fall war, sondern — eben wegen der anderen Bindung seiner Mitglieder — lediglich als „politische Feuerwehr“, immer einsatzbereit für die Demokratie in den — leider zu zahlreichen! — Stunden der Gefahr für die Republik.

Fortsetzung in der nächsten Ausgabe

Hier spricht die Jugend:

Ist die intellektuelle Jugendgeneration politisch engagiert?

In der Vergangenheit ist es wiederholt zu Protestkundgebungen der intellektuellen Jugend gekommen, nicht nur in der Bundesrepublik, sondern in vielen Ländern der Welt; in den USA wie in Asien, auch Europa ist nicht von Protestdemonstrationen verschont geblieben. Sie unterscheiden sich in demokratisch regierten Ländern und in totalitären Staaten unwesentlich voneinander. Ein politisches Engagement der intellektuellen Jugendgeneration ist unverkennbar. Sie handeln, ihrem Gefühl folgend, impulsiv; ihre Aktionen werden dadurch oft unkontrollierbar.

Die Mehrzahl der Studenten, fast aller Universitäten und Hochschulen, gehören einem Studentenverband an, wo sie politisch diskutieren und informieren. Die politischen Arbeitskreise innerhalb des Studentenverbandes sind nicht immer parteipolitisch ausgerichtet. Diese Studentenverbände und Vereinigungen können allzuleicht zu Keimzellen nationaler Reaktionen werden, wenn die Bundesregierung und alle Verantwortlichen nicht mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln demokratisches Bewußtsein vermitteln. Der demagogischen Werbung nationaler und radikaler Organisationen stehen 15 bis 20 % dieser Jugendlichen aufgeschlossen gegenüber. Das sind vorsichtige Schätzungen einiger demokratisch gesinnter Universitätsprofessoren in der Bundesrepublik. Vielfach durch Unkenntnis

dieser Jugendlichen werden künftig politische Spannungen unvermeidbar sein; das Abwägen der Realitäten muß die Ausgangsbasis aller Handlungen bestimmen. Nicht wenigen der genannten Jugendlichen sind in dem, als linksradikal geltenden, „Sozialistischen Deutschen Studentenbund“ (SDS) organisiert. Oft kommt es zu Spannungen zwischen einigen Professoren freier Universitäten und dem SDS. Diese Auseinandersetzungen sind zwar nicht immer politischer Natur, aber es beweist die verschiedenartigen Auffassungen. Wir müssen allerdings in der Beurteilung der Sachlage sehr vorsichtig sein, um so mehr, da wir wissen, daß das Professorenkollegium zum Teil noch sehr an dem Traditionsgeist der Vergangenheit festhält. Deshalb sollten wir alle Aktionen des Studentenbundes wachsam beobachten und kritisch in der Beurteilung der Hintergründe sein. Solange kein einheitlicher demokratischer Geist in dem Professorenkollegium — aller Universitäten — vorherrscht, sollten wir mit besonderer Aufmerksamkeit alle politischen Vorgänge innerhalb der Universitäten verfolgen. Wir müssen unserer aufwärtsstrebenden, intellektuellen Jugend den einzig richtigen Weg in eine demokratische Zukunft zeigen und finden helfen, damit sie ihrer Aufgabe in einem demokratischen Rechtsstaat, zum Wohle der Allgemeinheit, Rechnung trägt.

Adolf Dierking

Mangel an Phantasie

H.- Viele deutsche Jugendliche, die jetzt Universitäten besuchen, haben keine persönliche Erinnerung an das Dritte Reich, und doch ist diese Zeit ein Problem, dem sie sich stellen müssen. Für Erzieher ergeben sich hierdurch zahlreiche Fragen, die nicht immer zufriedenstellend beantwortet werden. Wie erinnere ich, standen vor einigen Jahren Lehrer im Kreuzfeuer der Kritik, weil nicht wenige von ihnen im Geschichtsunterricht bei Bismarck oder dem Beginn des ersten Weltkrieges, stehenblieben und die Zeit des NS-Regimes ausklammerten. Es soll sich inzwischen gebessert haben. Daß ältere Lehrer sogar mehr oder weniger verhüllte Sympathie für den Nationalsozialismus empfinden, ist wohlbekannt. Um so erfreulicher wirken deshalb Aktionen, die sich der sachlichen Aufklärung der Jugendlichen über Wesen und Ursprung des Nazismus widmen.

Das geschah in Heidelberg, wo die Arbeitsgemeinschaft „Der Bürger im Staat“ zusammen mit dem Filmclub eine Filmreihe veranstaltete, in der ungekürzte Spielfilme und Wochenschauen aus den Jahren 1933 bis 1945 vorgeführt wurden. Vor jeder Aufführung gab es längere Einführungsvorträge.

Diese Initiative ist begrüßenswert, doch stimmen einige Begleiterscheinungen nachdenklich. Denn es erwies sich, daß einige Studenten wenig Einfühlungsvermögen besitzen, um sich die Bedingungen eines totalitären Staates und in die Wirkung umfassender Agitation zu versetzen. Berichtet wird, daß jugendliche Zuschauer sich bei der Vorführung unfähig zeigten, die beabsichtigte Propagandawirkung zu durchschauen.

Das äußerte sich, wenn ausgerechnet an solchen Stellen gelacht wurde, an denen es die NS-Propaganda gewünscht hatte. Bei den Einführungsvorträgen bereits kam es zu Zischen und Zwischenrufen, die als pronazistisch aufgefaßt wurden. Angesichts dieser Erscheinungen wird sogar befürchtet, die bisherigen Methoden politischer Unterrichtung reichten nicht aus und könnten zu einer Scheinobjektivität zugunsten des Nationalsozialismus führen. Dafür könnte die Tatsache sprechen, daß von den etwa 11500 Studenten „im besten Falle 200 Studierende“ an den Diskussionen teilnahmen.

Es wirkt schockierend, daß junge Deutsche, denen die NS-Zeit erspart geblieben ist, diesem Terrorregime in irgendeiner Weise wohlwollend gegenüberstehen können. Wer allerdings die Begeisterung jugendlicher Zuschauer für Horror-, Kriegs- und Spionagefilme kennt, in denen es die „Helden“ auszeichnet, töten zu „dürfen“, den werden solche Vorgänge nur wenig erstaunen. Von der Bewunderung des perfektionierten und kaltblütigen Mordes auf der Leinwand bis zur Unfähigkeit, Methoden der politischen Kriminalität zu durchschauen und zu beurteilen, ist der Weg gar so weit nicht.

Der erschreckende Mangel an Phantasie, sich die Wirklichkeit in einem KZ-Staat vorzustellen, mag mitschuldig an den geschilderten Erscheinungen sein, wie gewiß auch jugendliche Opposition den Erziehern gegenüber eine Rolle spielt. Für letztere stellt sich einmal mehr die Aufgabe, bei den Methoden staatsbürgerlicher Bildungsarbeit im verstärkten Maße Ideen zu entwickeln.

(Allgemeine Nr. XXI/48)



Wenn es sich um Geld dreht

Bank für Gemeinwirtschaft

Niederlassungen im gesamten Bundesgebiet und in Westberlin

Aus den Ortsvereinen

Frankfurt a. M.

Die nächste ordentliche Mitgliederversammlung des Ortsvereins Frankfurt ist am Sonnabend, dem 18. März 1967, um 15.30 Uhr, im „Bornheimer Ratskeller“, Frankfurt, Ketteler Allee 72. Einen Antrag der Kameraden aus Hessen entsprechend, soll die Gründung und die Wahl des Vorstandes des Landesverbandes Hessen vorgenommen werden. Persönliche Einladung ist erfolgt.

Feierstunde für Friedrich Ebert

Wie in der Februarausgabe unseres Mitteilungsblattes schon angekündigt, veranstaltete der Ortsverein Frankfurt a. M. des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold am 25. Februar 1967 eine Gedenkstunde für den am 28. Februar 1925 verstorbenen ersten Reichspräsidenten der deutschen Republik, Friedrich Ebert. Es konnte hierfür kein würdigerer Platz gewählt werden, als seine Gedenkstätte an der Frankfurter Paulskirche. Zahlreiche Kameraden hatten sich eingefunden und lauschten den Darbietungen der Kapelle der Frankfurter Polizei sowie der Gesangsabteilung des Polizeisportvereins Grün-Weiß, denen auch an dieser Stelle für ihre Mitwirkung herzlich gedankt ist. Anstelle des verhinderten Oberbürgermeister Prof. Dr. Willi Brun-der sprach zu den Zuhörern Polizeidezernent Stadtrat Dr. Hans Kiskalt.

Dr. Kiskalt würdigte die Verdienste Friedrich Eberts um die Republik und die Demokratie allgemein. Die Tatsache, daß im Kaiserreich noch das Dreiklassenwahlrecht üblich war, zeige trotz vieler Erschwernisse den Wandel der Zeit. Ebert selbst, als Handwerker, Gewerkschaftler, Redakteur, Politiker und Parteivorsitzender, bescheinigte Dr. Kiskalt Klugheit und Würde. Ihm sei es gelungen, das Chaos abzuwenden, das dem deutschen Volke damals drohte. Keine Nation könne, so sagte Dr. Kiskalt, ohne solche historischen Vorbilder leben. Stadtrat Dr. Kiskalt legte im Namen des Magistrats und des zur Zeit im Krankenhaus befindlichen Stadtverordnetenvorstehers Heinrich Kraft Blumengebinde nieder.

Der Vorsitzende des Ortsvereins Frankfurt a. M., Christian Weiß, wies darauf hin, daß auch Ebert der 1924 gegründeten Organisation angehörte. Als nach seinem Ableben der Trauerzug bei den Feierlichkeiten in Berlin an der großen Reichstagsrampe vorbeizog, hat neben der Polizei auch das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold Spalier gestanden. Auf allen Stationen, die der Zug anlässlich der Überführung Eberts nach Heidelberg passierte, hätten Abordnungen des Reichsbanners mit brennenden Fackeln ihm die letzte Ehre erwiesen. Am Beerdigungstage selbst sei das Frankfurter Reichsbanner mit über 1000 Kameraden in Heidelberg im Trauerzug mitmarschiert, um zu bekunden, daß Friedrich Ebert einer der Ihren war.

Im Auftrag der Bundeszentrale in Bremen brachten Christian Weiß und im Namen des Ortsvereins Frankfurt Stadtrat Heinrich Ditter der Gedenkstunde entsprechende Kränze unter dem Denkmal Eberts an. In seinen Gedenkworten erinnerte Stadtrat Ditter an den Wahlspruch Friedrich Eberts: „Des Volkes Wohl ist meiner Arbeit Ziel!“

Noch lange nach der Kundgebung war das von Fahnen aus der Kampfzeit flankierte Denkmal Ziel vieler Frankfurter Bürger.

Bonn-Stadt und -Land

Die vorgesehene Mitgliederversammlung des Ortsvereins am 4. März mußte wegen einer anderen vorrangigen politischen Veranstaltung am gleichen Tage abgesagt werden. Zu den nächsten Mitgliederversammlungen, noch im März und April, wird wieder schriftlich eingeladen. Die neu hinzu gekommenen Mitglieder erhalten ihr Mitgliedsbuch in der Versammlung. Die Beitragszahlung erfolgt ebendort.

Hannover

In der Jahreshauptversammlung am 12. Februar wurde der bisherige Ortsvereinsvorstand ohne Ausnahme wiedergewählt. Die Anschriften sind:

1. Vorsitzender: Bernhard Kösling, Hannover, Am Brombeerhag 6
2. Vorsitzender: Franz Koch, Hannover, Schneiderberg 12
Kassenwart: Erich Bohn, Hannover, Herm.-Bahlsen-Allee 3
Schriftführer: Josef Jakob, Hannover, Gibraltarweg 6
Nächste Mitgliederversammlung am Sonntag, 2. April, 10 Uhr, in der Gaststätte Sprengel, Ecke Kniestraße/Schneiderberg.

Bremen

Jugendbund

Die Arbeit des Jugendbundes „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“ in Bremen hat auf kulturellem und politischem Gebiet im letzten Halbjahr gute Fortschritte gemacht. Die Jugendabende im

Jugendheim Geschworenenweg und unsere Veranstaltungen waren immer gut besucht. Ein starker Mitgliederzuwachs ist zu verzeichnen.

Osterfahrt nach Bademühlen. Abfahrt Karfreitag mit Fahrrad um 7 Uhr. Rückfahrt 2. Ostertag. Wer nicht im Zelt übernachten will, kann die Jugendherberge benutzen. Anmeldung und nähere Auskunft bei Christoph Lange, Reihersiedlung 10, und Hermann Fahrenholz, Lüberstedter Straße 22. Freunde können mitfahren.

Am 6. Mai nehmen wir an der **Hamburgfahrt** des Ortsvereins Bremen teil.

Verden

Mitgliederversammlung am Sonnabend, 8. April, 19 Uhr, in der Gaststätte „Schwarzer Bär“, Bremer Straße 20.

Mitteilungen der Bundeszentrale

1. Der Sitz der vorläufigen Bundeszentrale des Reichsbanners ist in 28 Bremen, Plettenberger Weg 18. Telefon 44 07 33. Anfragen wegen Wiederaufnahme der Tätigkeit eines Ortsvereins, Neugründung eines Ortsvereins und wegen Einzelmitgliedschaften werden dort bearbeitet, wenn sie nicht an zuständige Gliederungen im Bundesgebiet weitergeleitet werden können.

2. Landtagswahlkämpfe. Wir erwarten, daß alle Kameraden nach ihrer persönlichen Entscheidung, die Wahlarbeit der staatstragenden Parteien bei den Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz, Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Bremen unterstützen und sich vor allem entschieden gegen rechts- und linksextremistische Bestrebungen wenden.

In Ehrfurcht und großer Trauer gedenken wir des verstorbenen Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion und stellvertretenden Vorsitzenden der SPD

Fritz Erler

* 14. 7. 1913 † 22. 2. 1967

Wir können keinen besseren Dolmetscher unserer Empfindungen sprechen lassen, wie einen politisch Andersdenkenden, P. W. Wenger, der von dem großen Toten sagte:

„Er war ein Mann, der sich im Dienst am Neubau der deutschen Demokratie, schonungslos gegen sich selbst, verzehrt hat. Sein staatspolitisches Verantwortungsgefühl war über jeden Zweifel erhaben. Mutige Liebe zur Freiheit und zur Toleranz prägten ihn zu einem jener Männer, ohne die eine lebendige Demokratie nicht existieren kann.“

Wir werden das Andenken unseres Freundes stets in hohen Ehren halten.

In Memoriam

Dr. med. Friedrich Lube

Stadtrat und Obermedizinalrat a. D.

* 11. 2. 1888 † 26. 8. 1966

Erst jetzt, nach Wiedererscheinen unserer Reichsbannerzeitung, können wir der traurigen Pflicht genügen, unseren Kameraden anzuzeigen, daß der langjährige Führer des Reichsbanners in Braunschweig, Kamerad Dr. med. Friedrich Lube, für immer von uns gegangen ist. Viele werden sich noch seiner Beiträge in der Reichsbannerzeitung bis 1933 erinnern. Mit ihm verlieren wir einen unserer Besten, der in guten und schweren Tagen in unverbrüchlicher Treue zur Sache der Demokratie, der Freiheit und zum Reichsbanner gestanden hat. Nur sein hohes Alter hinderte ihn an der Erfüllung seines Wunsches, nach 1945 beim Wiederaufbau der Reichsbannerorganisation im Bundesgebiet mit tätig zu sein. Er war uns ein Vorbild — sein Andenken werden wir stets in hohen Ehren halten.

Herausgeber: Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bundeszentrale. Verantwortlich: Dietrich Westermann, 28 Bremen, Plettenberger Weg 18, Tel. 44 07 33.

Druck: Henry Schween, 28 Bremen, Buntentorsteinweg 95.